

Dekret

Inkrafttreten:

sofort

vom 9. Februar 2017

über die Verfassungsinitiative «Transparenz bei der Finanzierung der Politik» (Volksabstimmung)

Der Grosse Rat des Kantons Freiburg

gestützt auf die Artikel 117, 118 und 125 des Gesetzes vom 6. April 2001 über die Ausübung der politischen Rechte;

gestützt auf die am 20. April 2015 eingereichte und am 1. Mai 2015 im Amtsblatt veröffentlichte Verfassungsinitiative «Transparenz bei der Finanzierung der Politik» (ABl 2015 S. 700 und 701);

gestützt auf das Dekret vom 18. März 2016 über die Gültigkeit der Verfassungsinitiative «Transparenz bei der Finanzierung der Politik»;

nach Einsicht in die Botschaft 2016-DIAF-49 des Staatsrats vom 19. September 2016;

auf Antrag dieser Behörde,

beschliesst:

Art. 1

¹ Der Grosse Rat schliesst sich der in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs eingereichten Verfassungsinitiative «Transparenz bei der Finanzierung der Politik» nicht an; der Initiativtext wird im Anhang dieses Dekrets aufgeführt.

² Er unterbreitet keinen Gegenvorschlag dazu.

Art. 2

Die in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs eingereichte Verfassungsinitiative «Transparenz bei der Finanzierung der Politik» wird mit der Empfehlung, die Initiative abzulehnen, dem Stimmvolk zur Abstimmung unterbreitet.

Art. 3

¹ Dieses Dekret untersteht nicht dem Finanzreferendum.

² Es tritt sofort in Kraft.

Der Präsident:

B. BOSCHUNG

Die Generalsekretärin:

M. HAYOZ

ANHANG

Text der Initiative

Die Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004 wird wie folgt geändert:

Art. 139a (neu) Verpflichtung zur Transparenz

¹ Politische Parteien, politische Gruppierungen, Kampagnenkomitees und Organisationen, die sich an Wahl- oder Abstimmungskampagnen beteiligen, müssen ihre Rechnung offenlegen. Insbesondere müssen offengelegt werden:

- a) bei Wahl- und Abstimmungskampagnen die Finanzierungsquellen und das Gesamtbudget der entsprechenden Kampagne;
- b) für die Finanzierung der obgenannten Organisationen, der Firmenname der juristischen Personen, die sich an der Finanzierung dieser Organisationen beteiligen, sowie der Betrag der Zahlungen;
- c) die Identität der natürlichen Personen, die sich an der Finanzierung dieser Organisationen beteiligen; ausgenommen sind Personen, deren Zahlungen pro Kalenderjahr 5000 Franken nicht übersteigen.

² Die gewählten Mitglieder der kantonalen Behörden veröffentlichen zu Beginn des Kalenderjahres die Einkommen, die sie mit ihrem Mandat und im Zusammenhang mit diesem erzielen.

³ Die veröffentlichten Daten gemäss den Absätzen 1 und 2 werden von der Verwaltung oder einer unabhängigen Stelle geprüft. Sobald diese Daten geprüft worden sind, werden sie online und auf Papier zur Verfügung gestellt.

⁴ Im Übrigen regelt das Gesetz die Anwendung. Es berücksichtigt insbesondere das Berufsgeheimnis.